

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 36

Ercheim Sonntag.  
Bezugspreis monatlich 10 Pf. Nur Postbezug.  
Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 7. September 1924

Geschäftsstelle: Berlin C. 2, Breitestr. 8/9 IV.  
Telefon: 8529.  
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

40. Jahrgang

## „O heil'ger Florian . . . . .“

„erschön' mein Haus, zünd' andere an!“ Auf diesen Ton ist die deutsche Unternehmerpresse jetzt wieder mehr denn je abgestimmt.

In zahlreichen Aeußerungen der Unternehmerpresse wird gegenwärtig teils mahnend, teils in nicht mißzuverstehendem drohenden Tone der Nachweis versucht, daß der Tiefstand der deutschen Wirtschaft nur überwunden, die sich aus dem Dawes-Gutachten ergebenden Reparationsleistungen nur aufgebracht werden können, wenn die Leistungen der Industrie eine Steigerung, die Produktion eine Verbilligung erfahren. Das soll aber — und das ist der Kern der Beweisführung — nicht auf Kosten der Unternehmer durch Verkürzung ihrer Profitrate, sondern ausschließlich auf Kosten der Arbeiter geschehen. Die Unternehmer seien zu weiteren Leistungen nicht imstande, die Produktion ist aufs äußerste durch Steuern, Versicherungsbeiträge usw. belastet, Betriebskapital sei nicht mehr vorhanden, die Industrie stehe vor dem Erliegen. Deshalb bleibe nur übrig, daß die Arbeiter längere Arbeitszeit, geringeren Lohn und eine herabgesetzte Lebensweise auf sich nehmen, bis die Neuansammlung von Kapital wieder ihre Besserstellung gestatte.

Wen erinnern diese Ausführungen nicht an die Geschichte von dem klugen Mann und seinem Esel? Nachdem er diesen durch ausgiebige Prügel zur höchsten Leistungsfähigkeit angeporrt hatte, verfiel er auf den Gedanken, seinen Vorteil noch weiter durch Ersparen des Futters zu erhöhen. Er setzte dem Esel eine grüne Brille auf und warf ihm Hobelspäne statt Gras als Futter vor. Der Esel verschmähte aber trotz der grünen Brille diese Kost, und eines schönen Morgens fand ihn sein Herr verhungert bei den Hobelspänen liegen.

Nach diesem Rezept suchen auch die deutschen Unternehmer zu verfahren, indem sie von den Arbeitern unter Vertröstung auf bessere Zeiten mehr Arbeit bei geringerem Lohn fordern. Nur sind die Arbeiter keine Esel, die sich die ihnen zugedachten grünen Brillen ansetzen lassen. Sie wissen nur zu gut, was sie von den Versicherungen der Unternehmer zu halten haben. Wie die Agrarier, gehören auch diese zu den chronisch Notleidenden; der Zeitpunkt, wo die Unternehmer ihre günstige wirtschaftliche Lage zugeben, würde niemals eintreten. Die Melodie, die von den Unternehmern jetzt wieder angestimmt wird, ist sehr alt. Schon Marx erwähnt im ersten Bande des „Kapital“, welches Geschrei die englischen Unternehmer über die von der Regierung geplante Verkürzung der Arbeitszeit von 12 auf 10 Stunden erhoben, die unbedingt zum Ruin der Industrie führen müsse. Und damit nicht genug, fanden sich damals wie heute sogenannte Gelehrte, die gewappnet mit dem ganzen Rüstzeug ihrer Wissenschaft den Nachweis zu erbringen sich bemühten, daß die Beibehaltung der 12stündigen Arbeitszeit eine unbedingte Notwendigkeit sei, bei einer nur 11stündigen Arbeitszeit jeder Reingewinn für den Unternehmer wegfalle und mit der weiteren Verkürzung um eine halbe Stunde auch sein Bruttogewinn in Nichts zerfalle, weil die Bildung des für den Unternehmer zur Ansammlung neuen Kapitals notwendigen Mehrwerts lediglich in den letzten Arbeitsstunden erfolge.

Auf eine derartige Beweisführung verfallen die heutigen wissenschaftlichen Handlanger des Kapitals ja nicht mehr, aber Ähnlichem begegnet man bei den

Beanstandungen der heutigen Lohnhöhe der Arbeiter doch noch. Selbst die erbärmlichen Löhne in der Blütezeit der englischen Textilindustrie, bei denen die Arbeiter verarmten, geistig und körperlich degenerierten, waren den Industriellen noch immer zu hoch und sie versuchten diese unter Anwendung der schäblichsten Mittel noch weiter herunterzudrücken. Ganz so denken noch die deutschen Unternehmer. Die Preise für Maschinen und Rohstoffe sowie Materialien sind den Unternehmern feststehende Größen, an denen nicht gerüttelt wird. Ohne Widerstand zu leisten, lassen sie sich die Preisstreberei der Kartelle und Konzerne gefallen. Deren Preispolitik wird als etwas Unabänderliches hingenommen, weil das Unternehmertum damit rechnet, den ihm aus höheren Preisen entgehenden Gewinnanteil durch Herabsetzung der Löhne wieder herauszuschlagen. Die Arbeiter wären deshalb Toren, wenn sie widerstandslos in eine Herabsetzung ihrer Lebenshaltung willigen wollten. Ihr Selbsterhaltungstrieb fordert, daß das Unternehmertum daran gewöhnt wird, auch das für den Lebensunterhalt der Arbeiter und ihrer Familien Notwendige als gegebene Größe anzuerkennen.

Mit Recht wird den Unternehmern von gewerkschaftlicher Seite entgegengehalten, daß ihre Arbeitszeit- und Lohnpolitik eine völlig verfehlte sei. Der Antrieb zur Steigerung der Produktion geht nie von langer Arbeitszeit und niedrigen Löhnen aus. Den deutschen Beweis hierfür liefert Amerika, dessen Industrie unter dem Einfluß kurzer Arbeitszeit und verhältnismäßig hoher Löhne, die Technik wie die Betriebsorganisation zu einer Höhe entwickelte, die sie der deutschen Industrie selbst bei der früher üblichen zehnstündigen Arbeitszeit und niedrigen Löhnen weit überlegen machte. Das gleiche ist in England, aber auch in deutschen Betrieben zu beobachten, die mit der Entwicklung der Technik fortgeschritten sind und sich auch organisatorisch entsprechend den veränderten Zeitverhältnissen umstellten. Auch vom allgemeinen wirtschaftlichen Standpunkt aus ist die arbeits- und lohnpolitische Theorie der Unternehmer falsch. Wie die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse erkennen lassen, befindet sich die deutsche Wirtschaft nicht mehr in einer Geld- oder Kreditkrise, sondern in einer ausgesprochenen Absatzkrise, hervorgerufen durch die gesunkene Kaufkraft der Verbraucher. Diese Absatzkrise läßt sich durch längere Arbeitszeit und Lohnkürzung nicht beseitigen, denn auf diese Weise würde zwar der Warenausfall gesteigert, die Kaufkraft der Bevölkerung aber noch weiter herabgedrückt werden, wodurch sich die Absatzkrise verschlimmern muß. Helfen kann nur eine Steigerung der Kaufkraft bei verbilligter Produktion. Diesen Weg ist die wirtschaftliche Entwicklung stets gegangen. Die Löhne haben sich erhöht, die technische Entwicklung hat die Produktion gesteigert und verbilligt. Damit wurde zugleich die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung gehoben, wovon die gesamte Wirtschaft den Vorteil hatte. Was der Großkapitalismus heute den Arbeitern ansinnen will, wäre nicht Fortschritt, sondern Rückschritt, den die Arbeiter mit aller Entschiedenheit bekämpfen und verhindern müssen durch ihren Zusammenschluß in ihren Gewerkschaften. Der Ausbau der gewerkschaftlichen Machtmittel ist darum heute notwendiger denn je.

## Entscheidungen zu unseren Reichstatarifverträgen.

Etuisindustrie.

Am 27. August wurden in Berlin zwischen Vertretern unseres Verbandes und dem Reichsverband der Etuisindustrie Verhandlungen über die Erneuerung des derzeitigen Lohnabkommens geführt, die ebenso wie in den anderen Branchen zu einer unveränderten Verlängerung der jetzigen Löhne bis zum 30. September führten. Arbeitgeberseitig wurde in Rücksicht auf die im Augenblick noch völlig ungeklärte, zurzeit höchst ungünstige wirtschaftliche Lage jede Lohnhöhung abgelehnt. Von den gleichen Gesichtspunkten ausgehend, von denen sich unsere Vertreter bei der unveränderten Verlängerung der übrigen Lohnsätze hatten leiten lassen, gaben diese auch im vorliegenden Falle ihre Zustimmung zur Verlängerung.

„Apl“.

Am 30. August wurde vom Vorstand unseres Verbandes der am 16. Juli 1924 verlängerte Reichsmanteltarif für das Deutsche Buchbindergewerbe zum 1. Oktober 1924 gekündigt. Ob und wann es zu Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Mantelvertrages kommen wird, steht zur Stunde noch nicht fest.

## Innungen und Arbeiterfragen.

Der Bund deutscher Buchbinder-Innungen sowie ein Teil der ihm angeschlossenen Innungsverbände haben jetzt ihre üblichen Tagungen abgehalten, auf denen auch einiges über die Arbeiterfragen in den Innungsbetrieben geredet worden ist. Auf dem Verbandstag des Bundes Deutscher Buchbinder-Innungen erstattete Herr Freisbord-Hannover den Bericht der Lohnkommission. Er gab dort nach einem uns vorliegenden Bericht eine „Schilderung über die Lohnverhandlungen der letzten Zeit, wobei er die gemachten Erfahrungen in den Vordergrund rückte. Eine von ihm ausgearbeitete Tabelle, bei der die Lohnsätze der „Apl“-Verbände denjenigen des Verbandes deutscher Buchbinder-Innungsbetriebe gegenübergestellt wurden, ließ erkennen, daß ein Zusammengehen mit den „Apl“-Verbänden zweckdienlicher erscheine. Der Berichtsteller stellte zugleich auch fest, daß die Anerkennung eines bestimmten Manteltarifs keineswegs zur Folge haben könne, daß bestimmte Lohnfestsetzungen unter allen Umständen zu unterschreiben seien. Man müsse die jeweiligen Vorteile ausnützen und sich nicht ein für allemal festlegen“. Hier befindet sich Herr Freisbord allerdings in einem starken Irrtum. Es kann auch den Innungen nicht gestattet sein, sich jeweils das ihnen günstigere Lohnabkommen zur Anerkennung auszusuchen. Die Anerkennung eines bestimmten Mantelvertrages zwingt natürlich auch zur Anerkennung der zu diesem Vertrag gehörenden Lohnabkommen. Von der Zwangsinnung Breslau war verlangt worden, daß mit den Innungen ein gesonderter Vertrag abgeschlossen werde, der — und das würde u. a. von Kostock verlangt — wesentliche Verschlechterungen gegenüber den seitherigen Verhältnissen zeigen sollte. Daß mit einem solchen Verlangen nichts zu machen sein wird, dürfte dem Herrn selbst klar sein. Auch die fassam bekannte Anschauung wurde wieder vertreten, daß das gesamte Lehrlingswesen mit dem Tarif nichts

zu tun habe. Wie stark diese Meinung mit der unferen differiert, haben wir schon oft gezeigt. Zum Schluß wurde der Lohnkommission des Innungsbundes für alle künftigen Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiterschaft freie Hand gelassen und als Vertreter der Innungen bestimmt die Herren Freisdorf-Hannover, Wachsenhausen-Karlsruhe, Richter-Berlin, Böhmisch-Weipzig und Hertings-Köln.

Auf dem Verbandstag des Verbandes selbständiger Buchbinder Schlesiens wurde das „Verhalten des Bundes deutscher Buchbinder-Innungen in den Tarifverhandlungen mit den Arbeitnehmern einer Kritik unterzogen. Dem Vertreter des Bundes übergab man in dieser Sache Anregungen für die Bundesleitung“. So heißt es recht dürftig in einem Bericht über den Verbandstag dieses Verbandes. Was damit gemeint sein soll, kommt in dem oben erwähnten Antrag der Breslauer Zwangsinnung zum Ausdruck.

Im Bericht über den Verbandstag des Verbandes der Buchbindermeister Bayerns wird gesagt, daß der Antrag der Rürnberger Innung vom Vorjahr, mit den Gehilfen in ein Vertragsverhältnis zu kommen, sich wegen der Wirkung der fortschreitenden Inflation nicht ausführen ließ. Durch den Wiedereintritt der Buchbindermeister Bayerns in den Innungsbund dürfte zudem die Angelegenheit auch erledigt sein.

Der Bund deutscher Buchbinder-Innungen ist zurzeit wieder geschlossen. Die aus ihm ausgeschiedenen süddeutschen Innungen und Innungsverbände sind ihm wieder beigetreten.

Eine tragikomische Sache hat sich auf dem erwähnten Verbandstag des Verbandes der Buchbindermeister Bayerns abgepielt. Ein Festredner hat nach dem Vortrag eines selbstgedichteten Gedichts den Buchbinderverband hoch leben lassen. Eine solche Ehre durch die bayerischen Buchbindermeister dürfte uns nicht oft zuteil werden.

**Kommunistische Gewerkschaftsstrategie.**

Es ist ergötzlich, wie die Kommunisten sich den Gewerkschaften gegenüber stellen. Zunächst wurden „Zellen“ gebaut zu dem Zweck, gegebenenfalls die Leitungen der Gewerkschaften in die Hand zu bekommen. Als dies nicht gelang, kam die Parole, aus den freien Gewerkschaften auszutreten und revolutionäre Gewerkschaften zu gründen. Als man mit dieser Agitation und den vielen unsinnigen Streiks, welche letztere nur zum Schaden der Arbeiterschaft verließen, keinen oder doch nur den Erfolg hatte, daß die Arbeiterschaft, kopfschüttelnd, die Gewerkschaften überhaupt den Rücken kehrte, da fing man wieder bei der Zellenbautheorie an und seit einigen Wochen wird wieder auf strengste Anweisung aus Moskau lebhaft für den Beitritt zu den freien Gewerkschaften unter den KPD-Mitgliedern Propaganda gemacht. Der Zweck soll natürlich wiederum sein, die „reformistischen“ Führer zu beseitigen und an ihre Stelle sogenannte „revolutionäre Klassenkämpfer“ zu setzen, die dann, wie die bisherigen Erfahrungen gelehrt haben, die Arbeiterschaft in Grund und Boden „kämpfen“ werden. Im Sinne des neuesten Befehls aus Moskau hat denn auch die kommunistische Gewerkschafts-Reichskonferenz Beschlüsse gefaßt. Der Erfolg der Massenaustritte wird in einem Aufruf der KPD-Zentrale wie folgt geschildert:

„Der Reformismus in der Gewerkschaftsbewegung ist durch Euren Austritt gestärkt worden. Dadurch konnten die reformistischen Gewerkschaftsführer ihre verbrecherische und verräterische Politik am Protestariat noch viel rücksichtsloser als bisher treiben und sich enger denn je mit der Reaktion verbinden.“

Und darum ruft man den Arbeitern, die man erst aus den Gewerkschaften hinausgeholt hat, jetzt zu:

„Hinein in die freien Gewerkschaften und erzwingt dort mit den revolutionären Kollegen die Wiedervereinigung mit sämtlichen ausgeschlossenen Verbänden und Einzelmitgliedern!“

Mit diesem Phrasenschaum will die KPD-Zentrale den Bankrott ihrer Gewerkschaftspolitik verdecken, will die Verantwortung für ihr gewissenloses Treiben den „reformistischen Bonzen“ zuschieben. Und

Ruth Fischer hat auf der schon genannten Reichskonferenz gesagt:

„Wenn wir auch um jeden einzelnen ehrlichen Arbeiter ringen und ihn von der Notwendigkeit dieses Schrittes überzeugen müssen, so muß doch die Partei klar und offen aussprechen: Wer sich den Beschlüssen nicht fügen will, der hat die Partei zu verlassen.“

Wir sind der Meinung, daß sich die Gewerkschaften bei dem nun erfolgenden „Masseneintritt“ die sich zur Aufnahme Meidenden sehr genau ansehen sollten. Um übrigens könnte man lassen über die kommunistische Taktik: „Aus aus die Kartoffeln — rin in die Kartoffeln“, wenn die Sache nicht so außerordentlich ernst wäre. Und doch gibt es noch Arbeiter, die diesen Schwindel mitmachen, die auf Parteibefehl morgen das Gegenteil tun von dem, was ihnen heute befohlen wurde. Wenn Bäckertlichkeit töten würde ...

**Das Bild der klagenden Hände.**

Alljährlich büßen Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen bei der Erwerbsarbeit ihre gesunden Glieder ein, ziehen sich für längere Zeit schmerzhaft Verletzungen zu, verlieren für lange Zeit, unendlich viele für ihr ganzes Leben, ganz oder teilweise ihre Arbeitskraft oder tragen wohl gar den Tod davon. An den Opfern der Arbeit gehen die Menschen in der Regel achtlos vorüber. Nur verhältnismäßig wenige denken daran, daß das Erwerbsleben Opfer fordert, die die Gesamtheit zu Lasten verpflichtet. Nur manchmal, wenn mit einem Schläge eine größere Anzahl Menschenleben vernichtet werden, wird vorübergehend größeres Interesse gewendet und es regt sich das öffentliche Gewissen. Zu Lasten die imstande sind, Berufsunfälle zu vermeiden oder erheblich einzuschränken, schwingt es sich aber nicht auf. Es beruhigt sich meist schon nach ganz kurzer Zeit und glaubt, mit Hergabe von Geld und allen Sachen für die Opfer der Arbeit und ihre Hinterbliebenen genug getan zu haben. Einzelunfälle werden kaum beachtet. Dabei wird gerade durch diese in jedem Jahre unendlich viel Lebenskraft vernichtet. Im Jahre 1921 sind rund 500 000 Berufsunfälle gemeldet worden. Davon verliefen 6400 Fälle tödlich und in 17 000 Fällen war die Folge dauernde Erwerbsunfähigkeit.

Die öffentliche Meinung ist allzu leicht geneigt, den durch Unfälle bei der Arbeit verletzten oder zu Tode gekommenen Männern und Frauen die Schuld daran selbst zuzuschreiben. Unachtsamkeit und Betrunkenheit bei der Arbeit wird nicht selten als die hauptsächlichste Ursache für Betriebsunfälle angenommen und wer über die Lebenswege informiert ist, die Unfallverletzte oder Hinterbliebenen von durch Unfall getöteten Menschen oftmals gehen müssen, um die schmerzliche Unfall- oder Hinterbliebenrente zu erhalten, weiß, eine wie große Rolle diese Gründe bei den Berufsgenossenschaften spielen.

Nun lassen sich in der Tat Unfälle auf Betrunkenheit und Unachtsamkeit zurückführen. Nicht oft und einbringlich genug kann deshalb die Arbeiterschaft zu größter Achtsamkeit ermahnt werden. Ganz besonders notwendig ist es, die jugendlichen Arbeitskräfte auf die Gefahren der Arbeit an Maschinen aufmerksam zu machen. In jedem Jahre verunglücken sehr viele jugendliche Arbeitskräfte durch lässliche Unachtsamkeiten, ja durch Spielereien und durch Betätigungen anderer Art, die nicht zur Arbeit gehören. Weibliche Arbeitskräfte verunglücken dadurch, daß sie mit ihren Haaren, mit ihren Köden, mit offenen Kinneln, Schürzen, Haarschleifen, Ketten usw. an Maschinenteilen hängen bleiben und in das Getriebe hineingerissen werden. Deshalb ist es durchaus angebracht, auch darauf hinzuweisen, daß die Arbeit an Maschinen zur Beachtung von Vorsichtsmaßnahmen in der Kleidung zwingt. Die Unfallfolgen sind für die Verletzten und ihre Angehörigen oftmals so schwerwiegend, daß alles getan werden muß, um Unfälle zu vermeiden.

Es wäre aber unverantwortlich, für eine größere Anzahl Unfälle den Arbeitern und Arbeiterinnen in den Betrieben eine Schuld zuzuschreiben. Wer in Betrieben mit Unfallgefahren arbeitet, der weiß wie groß das Unrecht ist, das man mit solcher Behauptungen begeht. Wer in Betrieben mit Unfallgefahren arbeitet, kennt auch die Ursachen von Be-

triebsunfällen und weiß, daß eine sehr große Rolle in dieser Beziehung der Art der Beschäftigung zugewiesen ist, und daß die Zahl der Unfälle erheblich eingeschränkt werden könnte, wenn z. B. die Akkordarbeit an gefährlichen Maschinen verboten werden würde und wenn die Arbeitszeit bemessen und geregelt wäre, daß keine Uebermüdung bei der Arbeit eintritt.

Wie viele Unfälle sind nicht schon dadurch herbeigeführt worden, daß schnell noch einmal zugriffen wird, um ein verrutschtes Blatt Papier usw. zurechtzurücken, ohne die Maschine anzuhalten. Die Maschine anhalten bedeutet ja Einlaufe an Verdräht, bedeutet, wenn es öfter vorkommt, Entlastung, denn der Betrieb behält ja nur solche Arbeitskräfte, die jede Minute auch richtig ausnutzen. Tausendmal und öfter ist es auch geglückt, alle machen es. Daß damit eine Gefahr verbunden ist, versteht man auch nur allzu leicht, denn die sich sponte oft in der Minute, in der Stunde, am Tage immer wiederholenden, sich immer gleichbleibenden Handgriffe an vielen Maschinen. Wer ständig an die Gefahr denken würde, die die Arbeit mit sich bringt, könnte gar nicht an Maschinen arbeiten.

Und doch ist es auch wieder nötig, sich und andere daran zu erinnern, denn an den Unfallsfolgen trägt die Arbeiterschaft zu schwer. (Schluß folgt.)

**Die Lohnfrage im Buchdruck.**

Die im allgemeinen günstige Geschäftslage im Druckgewerbe, besonders im Zeitungsweisen, sollte nach Auffassung der Gewerksverbände zu einer Verbesserung der seit Mai gezahlten Löhne führen. Man wollte auch vorbeugen, daß kommende Verteuerungen vom jetzigen Lohne zu bestreiten seien. Die Unternehmer traten der Forderung von 38 Mk. Wochenlohn in der Spitze einmütig entgegen und verlangten die Verlängerung des jetzigen Abkommens bis Ende des Jahres. Es kam zu keiner Einigung, und so wurden am 21. August die Verhandlungen abgebrochen.

Am 22. August nahmen die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium ihren Anfang. Die Unternehmer erklärten im Einverständnis mit den Zeitungsverlegern auch hier, daß sie nichts bewilligen könnten, und daß die Sonderzulage für das besetzte Gebiet mit dem 1. August aufgehört habe. Zum Schluß wurden folgende Schiedssprüche verhandelt:

1. „Der bisherige, auf Grund freier Vereinbarung vom 25. Mai festgesetzte tarifliche Spitzenlohn von wöchentlich 33,60 Mk. wird bis zum 3. Oktober aufrechterhalten. Diese Lohnfestsetzung ist am 17. September kündbar; wird sie an diesem Termin zum 3. Oktober nicht gekündigt, so läuft sie je vier Wochen mit einer Kündigungsfrist von je drei Wochen weiter.“

Zur Begründung führte der Vorstehende aus: Es sei nicht zu verkennen, daß das Buchdruckgewerbe sehr aus Konjunktur leidet; dies berechtige aber jetzt nicht, neue Lohnforderungen zu stellen, zumal im Hinblick auf die ganz unflaren wirtschaftlichen Verhältnisse.

2. „Die Sonderzulage für das besetzte Gebiet des Kreises II wird vom 30. August bis 19. September auf 10 Proz., vom 20. September bis 10. Oktober auf 7½ Proz., vom 11. Oktober bis 31. Oktober auf 5 Proz., vom 1. November bis 21. November auf 2½ Proz. des Tariflohnes festgesetzt. Mit Wirkung vom 22. November ab kommt die Sonderzulage in Fortfall. — Diese Regelung erstreckt sich auf alle Orte, für die die Sonderzulage vor dem 1. August Geltung hatte.“

Die Begründung lautet wie zum ersten Schiedsspruch. Außerdem hat das auf Grund besonderer Vertretung der Parteien gebildete Schiedsgericht in der Sitzung vom 22. August 1924 dahin erkannt: Es wird festgesetzt, daß ein Rechtsanspruch auf die Sonderzulage für das besetzte Gebiet des Kreises II für die Zeit vom 2. bis 29. August nicht besteht. Das Lohnabkommen zwischen den Parteien vom 25. Mai enthält, nachdem es den Spitzenlohn und die Kündigungsfrist sowie sonstige nähere Lohnbedingungen festgelegt hat, am Schluß in einem besonderen Absatz folgenden Satz: „Für das besetzte Gebiet des Kreises II wird die Sonderzulage bis 1. August 1924 auf 10 Proz. festgesetzt.“ Das Lohnabkommen bildet einen Bestandteil des Beschlußprotokolls über die Verhandlungen zur Abänderung des am 31. Mai 1924 abgelaufenen Manteltarifs für das deutsche Buchdruckgewerbe. Nach der Stellung des fraglichen Satzes am Schluß des Lohnabkommens läßt der fragliche Satz keine andere Auslegung zu, als daß die Sonderzulage mit dem 1. August beendet sein soll. Die getroffene Feststellung erwidert demnach gerichtsamtlich. Aus Willigkeitsgründen wird den beteiligten Arbeitgebern jedoch empfohlen, soweit die Sonderzulagen über den 1. August hinaus bereits ohne oder mit Vorbehalt bezahlt sind, es dabei bewenden zu lassen, soweit sie noch nicht bezahlt sind, sie innerhalb Monatsfrist nachzuzahlen.





# UNSERE JUGEND



## Wie hungern und wie kämpfen doch!

Es ist ein Blutstrom ausgegossen,  
Der rauscht hinab ins tiefe Tal,  
Daß aller Arbeit Lastgenossen  
Erschauend stehn in seinem Strahl.  
Ein Leuchten wie von tausend Kerzen  
Dringt in die Nacht der Not hinein,  
Und qualbestäubte Sklavenherzen  
Durchdringt die Sehnsucht, Mensch zu sein.

Nichts hindern kann uns unseren Mut,  
Nichts zwingen uns ins alte Joch.  
Wir schreiten aufwärts voller Gut,  
Wir hungern und wir kämpfen doch!

## Jugend, nütze dein Recht!

Wachend reißt die arbeitende Jugend und in ihr die Erkenntnis von dem Zusammenhang der Dinge. Das große Werden der letzten Jahre drängt auch die Jugend in Reih und Glied mit den älteren Arbeitern. Der Zusammenbruch der alten Staatsmacht warf die letzten Schranken über den Haufen, die ihre Wächter errichtet hatten gegen freiheitliche Bestrebungen und Betätigung der Jugend. Seit Kriegsende ist für die arbeitende Jugend der Weg zu den proletarischen Organisationen völlig frei, und mutvoll beschreitet sie ihn. Die wachsende Zahl der Jugendlichen in den Arbeiterorganisationen legt Zeugnis davon ab. Was vor Jahren unmöglich schien, was die kühnste Hoffnung nicht erträumte, ward Wirklichkeit. Der Organisationsgedanke unter den Jugendlichen setzt sich durch. Nicht nur in den Großstädten und Industriegebieten, nein, auch in den Kleinstädten und ländlichen Gebieten dringt er siegreich vor und erobert die Köpfe und Herzen der Jugendlichen.

Die letzten Jahre waren eine harte Leidenszeit auch für die heranwachsende Jugend. Sie hat die Erkenntnis gewekt und vertieft, daß die Kraft des einzelnen nicht ausreicht, das Leben sonstiger und schöner zu gestalten, sondern daß dazu die Organisation, die Vereinigung aller, nötig ist. Was die Ältern unter Mühen und Opfern jahrelang erkämpft, aufgebaut und gefestigt, muß nun gesichert werden durch die jugendliche Kraft, die den Organisationen zufließt. Das große Ziel aller denkenden Arbeiter, das Leben für alle lebenswert zu gestalten, wird mit Hilfe der Jugendlichen schneller erkämpft werden. Das muß die Jugend begreifen; darum muß sie wacker mitarbeiten.

## Die Jugend und das Kino.

Die Erfindung des Kinematographen — welche ein Triumph des menschlichen Geistes! Erfassung und Wiedergabe der Natur! Was kann durch den Kinematographen nicht alles wiedergegeben werden! Alles, was wir in der Natur sehen. Die Sonne zu allen Stunden des Tages, die mondhele Nacht, die Menschen, wie sie arbeiten, gefellig sind, wie sie lachen, weinen, laufen und springen, die Tiere, die Bäume im Winde, die brandenden Wellen des Meeres, die eilenden Wolken am Himmel, das Schiff auf den glänzenden Fluten, die Berge, Nähe und Ferne, Einzelheiten und Masse, Einfachheit und Wirrnis der Formen — alles vermag der Kinematograph in Lichtwellen wiederzugeben. Nicht nur das; auch die Forschungen des Gelehrten, wie die gigantische Arbeit der Maschinen und Menschen, das Lächeln auf einem schönen Munde, wie das brennende Auge eines Sterbenden, die Erde, wie sie in Blüten und im Lichte prangt, und die Stätten der Verwesung. Jede Bewegung kann auf die Leinwand gebracht werden. Der Kinematograph könnte daher das idealste Hilfsmittel zur Schaffung hoher Bildungswerte sein.

Doch was hat unsere kapitalistische Zeit aus dieser Erfindung gemacht? Man hat sie dazu benutzt, um aus dem Neugierhunger der Massen hohen Gewinn zu schlagen, um die Beutel zu füllen. Und mit allen Mitteln der

Reklame lockt man das Publikum an. Nicht, um es aufzuklären, um durch den Film Wissen zu verbreiten! O nein! Geschäftstüchtige Unternehmer kannten die Beschmacksverwilderung der breiten Massen. Was man im Schundroman lesen konnte, das wurde im Film, im sogenannten Filmdrama, gezeigt. Es gibt wohl keine menschliche Grausamkeit mehr, die nicht schon im Film gezeigt wurde. Die Kinokapitalisten spekulieren auf die niedersten Instinkte der Massen. Schund bietet alles, vom Ritter- und Schauerdrama, vom Liebes- und Detektivdrama bis zum Sittendrama und sexuellen „Aufklärungs“-Film. Die Beschmacksverwilderung durch das Kino, die Zunahme der Verbrechen, angeregt durch den Verbrecherrfilm, machen es erklärlich, daß alle jene Menschen, die für Aufklärung der Massen, für Verbreitung von Wissen sind, dem Kinofund den Kampf erklären mußten. Doch seit Jahren schon wird gegen den Schundfilm gepredigt, und doch kann der Kassierer beim Kinobesuch kaum das Geld fassen, das ihm die Schaulustigen zuwerfen. Das sind aber nicht die schwerreichen Damen des Bürgertums, das sind meist Arbeiter, und darunter viele Jugendliche. Wochentags und Sonntags füllen diese das Kino. Tagtäglich werden die wirklich guten und gesunden Empfindungen im Menschen durch den Kinofund angetränkt und abgestumpft und wird den schlechtesten Instinkten reichlich Nahrung geboten.

Ihr Jugendkollegen und -kolleginnen, wie viele sind unter Euch, die da glauben, die Pfennige nicht aufbringen zu können für den Verbandsbeitrag, mit dem Ihr eure Existenz und eure Zukunft sichert, die aber allwöchentlich und öfter viele Groschen diesem Kinofund opfern?

## Öffnet der Jugend die Augen!

Ein Wort an die Ältern für die Jungen.

Der unlängst in Wien abgehaltene Kongress der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale hat u. a. den Befehl erteilt, in diesem Jahre eine lebhaftere Anti-Kriegs-Propaganda zu entfalten. Erscheint es im allgemeinen angebracht, der Menschheit in diesem Jahre, da der Tag des Kriegsbeginns zum zehnten Male wiederkehrte, das Verbrechen eines Völkermordes in seiner ganzen Entsetzlichkeit vor die Seele zu stellen, dann erscheint das in Deutschland doppelt notwendig. Die Zahl der Irregulierten, denen ein neuer Krieg als „letzte Rettung“ Deutschlands, als ein glückverheißender Ausweg aus dem Elend unserer Lage erscheint, ist nicht gering. Diesen Gedankengängen entgegenzutreten und die von Nationalisten und Militaristen irreführten Menschen von der Unmöglichkeit und absoluten Ausschislosigkeit eines abermaligen Krieges für Deutschland überzeugt zu machen, ist eine unheimlich wichtige Aufgabe für alle Gewerkschaftler. Darum sei kurz dargelegt, wie nahezu jeder Gewerkschaftler an der Jugend ein Erziehungswert zu leisten in der Lage ist, wie es im Sinne der von der Gewerkschafts-Internationale beschlossenen Anti-Kriegs-Propaganda liegt.

Es ist zu dem Zweck Voraussetzung, daß der erwachsene Gewerkschaftskollege sich um seinen jugendlichen Mitarbeiter bekümmert. Aus Gesprächen, die er selbst mit ihm führt oder aus den Unterhaltungen, die die Lehrlinge oder jugendlichen Arbeiter unter sich führen, wird er bald die geistige Einstellung des jungen Kollegen kennengelernt haben. Namentlich in größeren Betrieben wird sich da eine Anzahl proletarischer Jungen finden, die mangels geeigneter Aufklärung und damit schlechten Umgangs ihre Gespräche gern mit allerlei wirklichkeitsfremder Romantik aus schmücken, die — statt mit einer proletarischen Jugendorganisation zu wandern — die sogenannten „Nachgehefte“ der Rechtspulschistenorganisationen mitmachen und womöglich Freude daran finden, in eine „Hitleruniform“ gesteckt zu werden und schwarzwärfrote Kotarden oder das Hakenkreuz zu tragen.

Es hilft nichts, über diese sich leider immer häufiger zeigenden Dinge den Kopf zu schütteln. Wenn die Kriegsheber und Feinde der Arbeiterchaft wie der Republik aktiv sind und sich sogar an der Jugend der Arbeiterchaft vergehen, dann darf diese dem Treiben nicht untätig zusehen. Jeder erwachsene Ge-

werkschaftler sollte bedenken, daß der irreführte, heute neben seinem Arbeitsplatz schaffende Arbeiterjunge morgen vielleicht schon sein offener Gegner ist, der sich entweder nicht organisiert oder am Ende einer unternehmerfreundlichen „nationalen Arbeiterorganisation“ beitrete. In den Arbeitspausen und auf den Hin- und Rückwegen zu und von der Arbeitsstätte kann der geschulte Gewerkschaftler manch Stück Erziehungs- und Aufklärungsarbeit an Proletarierjungen leisten, die ihm später vielleicht dafür dankbar sind, daß er ihnen die Augen öffnete. Vor allem hat der erwachsene Gewerkschaftler die Pflicht, auf Grund seiner eigenen reichen Kriegserfahrung der Jugend den gefährlichen Wahn auszusprechen, daß ein moderner Krieg eine „frisch-fröhliche“ Sache sei. Nicht nachdrücklich genug kann der von Kriegsromantik erfüllten Jugend gesagt werden, daß eine wirkliche Schlacht nicht das mindeste mit den ungesährlichen Kriegsspielen gemein hat, die unsere Militaristen für unsere Jugend zwischen deutschen Kartoffeläckern und Wiesen veranstalten. Durch nichts vermag man die Jugendlichen so rasch von falschen Vorstellungen über das wahre, brutale Gesicht des Krieges zu überzeugen, als durch selbst erlebte Vorkommnisse im Weltkrieg, die in jedem Menschenherzen Abscheu vor dem organisierten Massenmord erwecken.

Ebenso wichtig aber ist es für die Gewerkschaftler, daß sie ihre jugendliche Kollegen über die wirklichen Ziele der militaristischen und nationalistischen Jugendorganisationen aufklären. Sie müssen ihnen ausmitleiden, daß in diesen Organisationen nicht nur Kriegsgebanten großgezüchtet, sondern auch Bürgerkriegspläne geschmiebelt werden und daß die Jugend den Rechtspulschisten bereits als Kanonenfutter im Kampf gegen den „inneren Feind“, das heißt die Arbeiterchaft, dienen soll. Politisches Verbrechertum, das Deutschland von einem Fiebersehauer in den anderen jagt, haß gegen die heutige deutsche Staatsform und deren hervorragende Vertreter, blinde Wut gegen die moderne Arbeiterbewegung und ihre Führer — das sind die Früchte der Jugenderziehung, die sich so gerne auf ihren „treudeutschen Geist“ berufen.

Wenn so die erwachsenen Gewerkschaftler dem proletarischen Nachwuchs bei passender Gelegenheit zeigen, wo die Bestrebungen der militaristischen Jugendvergifter enden, wenn sie ihnen die Notwendigkeit der Friedensarbeit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und gerade das Interesse der Jugend für die friedliche Fortentwicklung der Menschheit begreiflich machen, dann tun sie mehr, als nur einem Befehl der Gewerkschaftsinternationale gerecht zu werden. Sie schaffen damit eine der Voraussetzungen für das ungeführte Wachen der modernen Arbeiterbewegung, für die jeder imperialistische Krieg einen Rückschlag bedeutet. Sie bewahren aber auch die proletarische Jugend vor unermäßigem Schaden und durchkreuzen damit gleichzeitig ein gefährliches Spiel der Militaristen und Nationalisten, das diese bereits viel zu lange ungeführt treiben konnten.

Hans Stad. ad.

## Jugendkriminalität in England.

Die Kurve der Jugendkriminalität in England, die im letzten Kriegsjahr und in der ersten Nachkriegszeit zunächst einen scharfen Auf nach oben nahm, hat sich seit dem Jahre 1921 erheblich gesenkt. Im Jahre 1917 stieg die Zahl der Straffälle auf 51 000 gegen einen Vorkriegsstand von 37 500 im Jahre. Das Jahr 1921 zeigt ein Herabsinken auf 30 000. Auch die Statistiken der Besserungsanstalten für Jugendliche „reformatory and industrial schools“ weisen ein günstiges Bild auf. Während im Jahr 1918 der Zugang sich noch auf 5269 belief, sank er im Jahre 1921 auf 2188, im Jahre 1922 sogar auf 1831. Die Zahl der Inhaftierten der Anstalten hat sich von 1913 bis 1922 fast auf die Hälfte verringert; sie fiel von 18 918 auf 9668. Diesen Erfolg schreibt man zu ungefähr gleichen Teilen den Kinderwohlfahrtsbestrebungen, der ärztlichen Schulaufsicht, dem verbesserten Elementarunterricht, besseren ökonomischen Verhältnissen, dem Einfluß des sogenannten „Prekation System“ und den „Reformatory“ und „Industrial Schools“ zu.

Internationales.

Dänemark. Die beiden Nummern des dänischen Verbandsorgans vom 1. und 16. August bringen als wesentlichsten Inhalt das Ergebnis der Verhandlungen von Hauptvorstand und Beirat vom 19.—21. Juli, die sich nach Lage der Sache nur mit internen Verbandsangelegenheiten befaßten. — Aus den Verhandlungen ist nur zu erwähnen, daß laut Bericht des Kassierers der Mitgliederbestand des dänischen Verbandes sich am 1. April 1924 auf 2892 belief.

Schweden. Der schwedische Verband hielt am 31. Juli und die folgenden Tage seinen 10. Verbandstag ab, auf dem, wie mit Bedauern festgestellt wurde, der deutsche und dänische Verband leider nicht vertreten waren. Der Verbandstag war von 51 Delegierten aus 26 Zweigvereinen beschickt und hatte u. a. den Tätigkeitsbericht des Vorstandes über die verfloßenen drei Jahre entgegenzunehmen. In dieser Zeit hatten die schwedischen Arbeiter im allgemeinen und die Buchbinder nicht minder unter einer ungeheuren Arbeitslosigkeit zu leiden; nur so ist es auch zu verstehen, daß die Mitgliederzahl des Verbandes in der Berichtsperiode einen empfindlichen Rückgang erlitt, und zwar belief sich der Bestand am 1. Juni 1921 auf 3523 Mitglieder, darunter 2299 weibliche, am 1. Juni 1924 auf 2828, darunter 1775 weibliche Mitglieder. Der Verlust an weiblichen Mitgliedern ist also besonders groß.

Den wichtigsten Teil der Verhandlungen bildete neben den Beitrags- und Unterstützungsregelungen die Frage auf Schaffung eines Industrieverbandes. Die Errichtung eines solchen wurde abgelehnt, vielmehr soll eine möglichst enge Zusammenarbeit der Verbände der Buchdrucker, Lithographen und Buchbinder durch Schaffung eines „Graphischen Kartells“ in die Wege geleitet werden. Zur Vorgeschichte dieser Erörterungen sei bemerkt, daß auf dem im Jahre 1922 abgehaltenen schwedischen Gewerkschaftskongreß ein Antrag angenommen wurde, wonach die bestehenden Berufsverbände zu Industrieverbänden umgebildet werden und diese Umbildungen spätestens bis zum 31. Dezember 1925 vollzogen sein sollen. Im Zusammenhang mit diesem Beschluß haben zwischen den Verbänden der graphischen Industrie (Buchdrucker-, Buchbinder- und Lithographenverband) diesbezügliche Verhandlungen stattgefunden. Ein zu diesem Zweck eingesetzter und aus je zwei Vertretern der genannten Verbände bestehender Ausschuß hat diese Frage geprüft und einen Bericht erstattet, der sich gegen die Bildung eines Industriearbeiterverbandes für die graphische Industrie ausspricht und den betreffenden Verbänden empfiehlt, sich vorläufig auf die Bildung einer Kartellorganisation zu beschränken. Gleichzeitig empfahl der Ausschuß die Annahme eines von ihm ausgearbeiteten Statutenentwurfes für eine Kartellorganisation der graphischen Industrie.

Zur Begründung seiner Stellungnahme führt der Ausschuß an, daß im Prinzip dem Industrieverbandsgedanken zugestimmt werden könne. Da aber innerhalb der graphischen Verbände eine Mehrheit gegen die Umbildung der Berufsverbände vorhanden ist und auch sonst noch große Schwierigkeiten praktischer Natur zu überwinden sind, sei es nicht möglich, die Umbildung innerhalb der festgesetzten Frist durchzuführen, weshalb der Ausschuß als Uebergangsvorschlag die Errichtung einer Kartellorganisation vorschlägt.

Die Aufgaben der Kartellorganisation werden wie folgt angegeben:

Förderung der Mitgliedertätigkeit, Vermittlung gegenseitiger finanzieller Unterstützung bei Arbeitskämpfen, Durchführung gleichzeitiger Arbeitsvermittlungsbestimmungen, Förderung der Bestrebungen für Mitbestimmungs- und Kontrollrecht der Arbeiter in den Betrieben der graphischen Industrie usw. Die Leitung der Organisation soll einem aus je zwei Vertretern der betreffenden Verbände bestehenden Vorstände unterstehen. Um die gegenseitige Unterstützung bei Arbeitskämpfen zu ermöglichen, soll jeder Verband einen Monatsbeitrag von 30 Oere pro voll-

zahlendes und 15 Oere pro halbzahndes Mitglied leisten. Die Voraussetzung für die Gewährung von Unterstützung ist die Anerkennung des Konflikts durch die in Frage kommende Verbandsleitung.

Da die Annahme dieses Vorschlages durch die drei Verbände gesichert erscheint, ist die Durchführung des vom Gewerkschaftskongreß gefaßten Beschlusses — soweit die graphische Industrie in Frage kommt — innerhalb der festgesetzten Frist unmöglich gemacht, wie ja überhaupt der Uebergang zu Industrieverbänden sich nicht ohne ähnliche Abweichungen vollziehen wird.

Bulgarien. In einer Zuschrift aus Sofia wird uns berichtet, daß die Gewerkschaftsbewegung Bulgariens gänzlich zerfahren ist infolge der kommunistischen Agitation. Wie überall so haben sich die Kommunisten mit vaterländischen und unorganisierten Arbeitern zusammengetan, um nicht die Unternehmer, sondern die freien Gewerkschaften aufs bitterste zu bekämpfen. Die Organisation der graphischen Gewerbe beruht auf der Grundlage des Industrieverbandes, der in ganz Bulgarien aus den genannten Gründen nur 200—300 Mitglieder zählt. Organisierte Buchbinder werden es 35 sein. Die Beiträge sind lächerlich gering, pro Woche 3 Leva = 8 Pf. (1 Mk. = 33—35 Leva). Mit solchen Beiträgen ist natürlich nichts anzufangen. Für Arbeitslose und Kranke wird meistens gesammelt. Arbeitszeit ist durchweg die 47stündige. Die Löhne sind sehr unterschiedlich, sie schwanken zwischen 1800 und 3000 Leva, Arbeiterinnenlöhne zwischen 600—900 Leva. Die Lebensbedürfnisse sind teuer. Ein Anzug kostet mehr als man im Monat verdient.

Griechenland. In einer Zuschrift an uns wird vor der Firma C. Aspiotis-Freres in Korfu nachdrücklich gewarnt. Die Firma ist eine der größten lithographischen Anstalten Griechenlands. Der Maschinenpark der Firma ist durch unsachgemäße Behandlung durch Nichtfachleute total ruiniert, und so müssen alle Arbeiten mit den primitivsten Hilfsmitteln verrichtet werden. Geklägt wird besonders über das unkollegiale Verhalten der Einheimischen den Fremden gegenüber. Nach kurzer Gastrolle werden die Fremden in der Regel auf die Straße gesetzt, selten einmal erhalten sie eine winzige Abfindung. Auf dem Klagewege ist nichts zu erreichen, Prozesse dauern meistens 5—6 Monate. Die Entlohnung spottet jeder Beschreibung. Ein deutscher Kartonnager erhält pro Monat 350 Drachmen, ein Abteilungsleiter 500 Dr., deutsche Steindruckerei und Lithographen 350—450 Dr., italienische aber deren 1000. Hierbei wird aber durchaus nicht die Leistung bezahlt, sondern lediglich die — Nationalität. Die Lebensverhältnisse sind sehr teuer.

Ein Ei kostet z. B. 1,20 Drachmen, 400 g Brot 2 1/2 Dr., ein Anzug 1200 Dr., ein paar Schuhe 300 Drachmen, Wohnungsmiete für einen unverheirateten Menschen 200—300 Drachmen. Bei Vertragsabschluß mit der Firma — vor dem gewarnt werden muß — ist u. a. auch darauf zu sehen, daß die gleiche Summe zur Rückreise vergütet wird wie zur Hinreise. Andernfalls erhält man nur eine Fahrkarte in die Hand gedrückt, und die anderen Reisespesen muß man selbst bezahlen. Zurzeit sucht die Firma Kartonnagenarbeiter für Ziehpresse und Kappenschachteln vornehmlich in Dresden, Leipzig und Süddeutschland. Unsere Mitglieder seien gewarnt.

Eine neue Kampfanfrage.

In der neuesten Nummer der „Mitteilungen der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände“ befinden sich einige Zahlenangaben über die Befassung der deutschen Wirtschaft durch die Sozialversicherung, die natürlich für die Wirtschaft untragbar sei, und auch in den von den Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebiets herausgegebenen „Wirtschaftlichen Nachrichten“ finden wir den gleichen „Notzettel“. Wir müssen uns darüber klar sein, so heißt es, daß wir auch unsere sozialpolitischen Wünsche und Leistungen auf das wirtschaftlich zwangsmäßig gegebene Maß zurückzuführen müssen. Daß sich daraus in den nächsten Monaten und Jahren heftige Kämpfe entwickeln werden, ist anzunehmen.

Es soll wieder alles, wie stets, auf Kosten des Arbeiters wie des Angestellten gehen, auf Kosten aller, die vom Kapitalismus abhängig sind. Da bedeutet organisatorische Kampfgeschlossenheit gerade für die kommenden Jahre alles, wenn das Proletariat nicht nur sein wirtschaftliches, sondern auch ein Stück seines kulturellen Rechtes wahren will. Welche Dreifachheit das Unternehmertum da in seinem Unterdrückungsverlangen an den Tag legt, beweist die Tatsache, daß die Beiträge der Arbeitnehmer in den einzelnen Versicherungsweigen genau so gestiegen sind wie die der Arbeitgeber. Wenn die Beiträge für die Unternehmer untragbar sind, wieviel mehr müssen sie es für das Proletariat bei dessen untragbar niedrigem Lohnniveau sein! Und trotzdem wagt man die Kampfanfrage! Da gilt es, gerüstet zu sein!

Berichte.

Stuttgart. Wir warnen die Zahlstellen und Gauverwaltungen vor dem Buchbinder Julius Harter aus Reutlingen, der mit raffiniert angelegten Schwindeln verfährt, Gelder der Organisation für sich stüßig zu machen. Harter ist nicht Verbandsmitglied und wegen Betrugsdelikten verurteilt. In den letzten Tagen hat er durch schwindelhafte Vorpiegelungen bei einem Filialkassierer der Zahlstelle Stuttgart Geld verschwindet.

Für Angaben über seinen jetzigen Aufenthaltsort wären wir dankbar.

Ortsverwaltung der Zahlstelle Stuttgart.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Materialverkauf. Von dem mit dem Deutschen Buchdrucker-Verein abgeschlossenen neuen Manteltarif für Buchdruckerei-Buchbinder ist allen Gau- und Ortsverwaltungen je ein Exemplar unentgeltlich zugelandet worden.

Weitere Tarifexemplare sind zum Preise von 25 Pf. das Stück (einschließlich Porto für Zufendung) von uns zu beziehen.

Vom Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag, das in einer kleinen Broschüre vom Legilarbeiter-Verband herausgegeben wurde, ist ebenfalls allen Gau- und Ortsverwaltungen je ein Exemplar als Material unentgeltlich zugelandet worden.

Sollten die oben bezeichneten Sendungen irgendwo nicht eingegangen sein, erbitten wir entsprechende Nachricht.

Abrechnungen

vom 2. Quartal gingen weiter bis zum 2. September bei der Verbandskasse ein von:

- Rüstringen 45,80 M. — Hildesheim — M., Minden 145,— M., Osnabrück 40,62 M., — Münster — M., Remscheid 50,80 M., — Cleve 73,24 M., — Gießen-Wehr 46,12 M., — Hanau 77,— M., Mainz 482,60 M., — Wehen 225,55

Markt, Gotha 151,35 M., Norbhausen 50,70 M., Tennstedt — M., — Glauchau 75,50 M., Jittau 150,65 M., — Trofingen 470,— M., — Regensburg 74,06 M., — Augsburg 201,— M.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen in: Rotbus, Tüftl, — Oberburg, — Göttingen, — Offen, — Robens, — Reichheimbolsheim, Neuhart, Haardt, Wiesbaden, — Jena, Merseburg, Mühlhausen, Ohrdruff, Rauenstein, Rada, Ruhla, Schmalfelden, Beig, — Hue l. Gratz, — Oberbach-Kreuzerhof, Weidenau, Zehnig, Zwickau, — Wüppingen, Ronhans, — Wüsbach.

Die Verwaltungen dieser säumigen Zahlstellen werden dringend ersucht, dafür zu sorgen, daß ihre Zahlstellen in den Besitz der Abrechnung kommen. Die Gau- und Bezirksleiter sind verpflichtet, auf die säumigen Zahlstellen ihres Bezirks einzuwirken, damit diese sofort ihren Verpflichtungen nachkommen.

Adressenänderungen.

B. — Bevollmächtigter. K. — Kassierer.

Augsburg. B.: J. Schrage, S. 66 I.  
K.: A. Kurrich, S. 238 I.  
Reiseunterstützung wird nur vom Kassierer angezählt.  
Kassel. B.: B. Graf, Schützenstr. 29.  
K.: G. Bachmann, Gartenstr. 27 IV.

Der Vorstandsvorstand.